

## Dreiländerkongress 2011: Neuer Strukturwandel der Öffentlichkeit

Themenpapier und Call for Panels zum 3. Gemeinsamen Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie und der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie an der Universität Innsbruck, 29.09. bis 01.10.2011

Die moderne Gesellschaft erschien der Aufklärungsbewegung als ein Integrationsprojekt im Zeichen der Vernunft: Ein wachsendes Publikum klärt sich in den Versammlungsöffentlichkeiten der Aufklärungssozietäten unter Einschluss des Parlaments selbst auf, tritt aus der »selbstverschuldeten Unmündigkeit« aus, reguliert sich im verfassten Nationalstaat selbst, tauscht im Kantschen »Völkerbund« als »Weltbürgertum« Erfahrungen aus und erweitert sukzessive das Völkerrecht. Entsprechend nimmt die politische Öffentlichkeit im Bauplan der demokratischen Gesellschaft eine zentrale Stellung ein: Die politische Öffentlichkeit ist Mittel des Erkennens von allgemeinverbindlich zu lösenden Problemen, sie dient der Kontrolle und ist Legitimationsbedingung des Rechtsstaates und sie ist Konstitutionsbedingung des Souveräns. Die politische Öffentlichkeit hat damit eine Forumsfunktion, eine Kontroll- und Legitimationsfunktion und eine Integrationsfunktion:

- *Forumsfunktion:* Indem die politische Öffentlichkeit mit allen ihren über Kommunikationsflüsse verbundenen Arenen den Entdeckungszusammenhang von Problematisierungen darstellt, sorgt sie, abgestützt auf die elementaren Grundrechte der Niederlassungs-, Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit, für eine begründbare Rationalitätserwartung gegenüber Problemauswahl- und Problembearbeitungsprozessen.
- *Legitimations- und Kontrollfunktion:* Indem die politische Öffentlichkeit ebenfalls abgestützt auf die elementaren Bürgerrechte unter Einschluss des Wahlrechts, die Kontrolle und Legitimation politischer Macht sowie der institutionell verankerten Verfahrensprozesse sichert, ermöglicht sie die demokratische Selbstregulation.
- *Integrationsfunktion:* Indem die Arena politische Öffentlichkeit die Gesellschaft beobachtbar macht, verdankt sich ihr die Selbstwahrnehmungs-

fähigkeit der Bürgerinnen und Bürger als Mitglieder einer Gesellschaft, die Probleme auf demokratische Weise zu lösen im Stande ist.

Die politische Öffentlichkeit hat im Licht dieser Funktionen die Aufgabe, die vorpolitischen Dispositionen zur demokratischen Partizipation auf Seiten der Bürger und später der Bürgerinnen zu sichern: eine Erwartung an die relative Vernunft der Problemauswahl und -lösung, die Sicherung der Legitimität der rechtsstaatlichen Institutionen und ein Gemeinsamkeitsglaube, der die staatsbürgerliche Loyalität zu Mehrheits-Minderheitenentscheidungen und Umverteilungen sichert.

Entsprechend dieser Bedeutung der politischen Öffentlichkeit ist die Moderne durch zwei Kritiktraditionen an der real existierenden Öffentlichkeit im Nationalstaat geprägt: Die klassisch liberale Tradition der Öffentlichkeitskritik richtet sich gegen Formen der Selbstermächtigung des Staates: Der Staat entzieht sich unter dem Titel Staatsraison der Öffentlichkeit und schützt die Herrschaft durch das Geheimnis oder der Staat überformt selbst die Öffentlichkeit und fügt zum Geheimnis auch noch Definitionsmacht.

Die zweite Kritiktradition löste sich mit guten Gründen von dieser ausschließlichen Fixierung auf das Verhältnis von Staat und Öffentlichkeit und berücksichtigt in ihren ausgearbeiteten Formen, etwa in der Kulturindustriethese, der These der Refeudalisierung der Öffentlichkeit aus der Kritischen Theorie, sowohl den Vermachtungszusammenhang von Staat, Parteien und organisierten Privatinteressen als auch den Verblendungszusammenhang durch die Substitution des bürgerlichen Diskurshabitus durch eine kommerzielle Unterhaltungsorientierung.

Beide Traditionen der Öffentlichkeitskritik können wesentliche Entwicklungsdynamiken seit den 1980er Jahren nicht adäquat erfassen:

*Zum Ersten* verlor die nationalstaatlich konstituierte politische Öffentlichkeit den Anschluss an Globalisierungsprozesse, die den politischen Regulierungsbedarf über den Nationalstaat ausdehnen. Die Entgrenzung der Ökonomie aus der Volkswirtschaft und die nachgewachsene transnationale Mehrebenenpolitik ohne Öffentlichkeit führen zur Notwendigkeit einer Entgrenzung der Demokratie, und die globalisierungsinduzierten Immigrationsprozesse erfordern die innere Erweiterung demokratischer Partizipation, wenn der zentrale Wert der demokratischen Selbstregulation Bestandteil der Moderne bleiben soll.

*Zum Zweiten* haben sich die Träger einer auf Dauer gestellten öffentlichen Kommunikation, die Medienorganisationen von ihren Herkunftskontexten in intermediären Organisationen wie Parteien, Verbänden, Kirchen oder in sozialmoralisch eingebundenen Verlegerfamilien entbettet und bilden kommerzielle Unternehmen mit beliebiger Kapitalversorgung und entsprechenden Renditezwängen. Die Dualisierung des Rundfunks verstärkte diese Ausdifferenzierung eines Mediensystems, das zwecks Aufmerksamkeitsoptimierung den Modus öffentlicher Kommunikation durch neue Selektions-, Interpretations- und Inszenierungslogiken an Medienkonsumenten und nicht mehr am Staatsbürgerpublikum ausrichtet und die politischen Akteure auf die neuen Logiken medienvermittelter Kommunikation verpflichtet.

*Zum Dritten* hat die Digitalisierung die Geschäftsmodelle der klassischen Leitmedien der politischen Öffentlichkeit, der regionalen und überregionalen Zeitungen, zerstört. Allen voran liegt das regionale Zeitungswesen in einer tiefen Krise und auch die Qualitätszeitungen, die den Argumentationshorizont der regulationsrelevanten politischen Kommunikation maßgeblich definieren, lassen sich kaum mehr finanzieren. Das lineare Leitmedium Fernsehen wird die Ausfallbürgschaft für den politischen Journalismus der Zeitungen nicht antreten können.

Die Sozialwissenschaften haben sich dieser Entwicklungen in unterschiedlichem Maße angenommen: Mit Blick auf den europäischen Integrationsprozess aus dem Nationalstaat reagierte die Forschung auf die Entgrenzung von Ökonomie und Politik mit der Frage nach der Genese einer europäischen Öffentlichkeit und Identität. Auf die Ausdifferenzierung eines eigenständigen Mediensystems reagierte eine Medialisierungs-, Media-Governance- und Cultural-Theory-Forschung und die fundamentale Krise der Leitmedien politischer Öffentlichkeit wurde in erster Linie der (Medien-)Ökonomik überlassen. Allerdings hat sich die Forschung intensiv mit digitalen Medien beschäftigt, freilich ohne die Grundsatzfrage nach der Entwicklung der politischen Öffentlichkeit als einer gesellschaftsweiten Arena angemessen zu berücksichtigen.

Der gemeinsame Kongress der deutschen, österreichischen und schweizerischen Gesellschaft für Soziologie wird sich dieser Entwicklungsdynamiken in Plenarveranstaltungen sowie zahlreichen Panels, die sich aus einer offenen Ausschreibung rekrutieren, annehmen. Die geplanten Plenarveranstaltungen sind:

- Plenum 1: Grenzen und Entgrenzung der politischen Öffentlichkeit  
Plenum 2: Legitimation und Legitimitätsdefizite sozialer Ordnung  
Plenum 3: Medienlogiken und politische Kommunikation  
Plenum 4: Regulation ohne Öffentlichkeit

Mit diesem Call for Panels rufen wir alle Soziologinnen und Soziologen, aber auch Angehörige benachbarter sozialwissenschaftlicher Disziplinen auf, sich am Dreiländerkongress zu beteiligen, sei es in Form eines Plenar- oder Panelbeitrags oder auch – und hierzu möchten wir zunächst einladen – durch die Organisation eines Panels.

In einer ersten Runde erbitten wir thematische Vorschläge für die Organisation von *Panel-Veranstaltungen*. Einsendung per eMail bitte an Frank Welz, Innsbruck, [info@soziologie2011.eu](mailto:info@soziologie2011.eu). Einsendeschluss ist der **1. November 2010**. Bitte geben Sie die Ihrerseits geplanten verantwortlichen Organisatoren/Organisatorinnen oder/und Juroren/Jurorinnen mit an.

Gleich im Anschluss an den oben genannten Termin wird aus den eingegangenen und angenommenen Vorschlägen für Panel-Veranstaltungen das Tagungsprogramm thematisch zusammengestellt und ab Mitte November 2010 in einem *Call for Papers* für Plenar- und Panelreferate mit Bewerbungsschluss am **1. April 2011** verbreitet.

Aktuelle Informationen finden Sie auf der Kongresshomepage [www.soziologie2011.eu](http://www.soziologie2011.eu).

Kongressbüro:

Leopold-Franzens-Universität Innsbruck

Institut für Soziologie

Universitätsstraße 15

A-6020 Innsbruck

Tel.: +43(0)512-507-7301

Fax: +43(0)512-507-2841

E-Mail: [info@soziologie2011.eu](mailto:info@soziologie2011.eu)

Organisationsteam »Dreiländerkongress 2011« der drei Fachgesellschaften:

Christian Fleck, ÖGS

Kurt Imhof, SGS

Georg Vobruba, DGS

Frank Welz, ÖGS, Lokale Leitung

## Veränderungen in der Mitgliedschaft

### Neue Mitglieder

Prof. Dr. Frank Adloff, Erlangen  
Dr. Alejandro Baer, Bayreuth  
Dipl.-Soz. Yvonne Berger, München  
Regina Berglez, M.A., Berlin  
Dipl.-Soz.-Wiss. Nadine Bernhard, Berlin  
Dipl.-Soz. Mirko Bialas, München  
Andreas Braun, M.A., Aachen  
Dr. Sonja Buckel, Frankfurt  
Dr. Sebastian Büttner, Erlangen  
Dr. Weert Canzler, Berlin  
Torsten Cress, M.A., Mainz  
Anna Daniel, M.A., Münster  
Dr. Andrea Dauber, Irvine  
Dipl.-Sozialw. Barbara Erdel, Nürnberg  
Michael Ernst-Heidenreich, M.A., Augsburg  
Patrick Fick, M.A., Göttingen  
Dipl.-Soz. Angela Graf, Darmstadt  
Lukas Graf, M.A., Berlin  
Dr. Frank Greuel, Halle  
Dr. Jochen Groß, München  
André Grow, M.A., Groningen  
Jessica Haas, M.A., Luzern  
Prof. Dr. Yvonee Haffner, Darmstadt  
Michael Hanslmaier, M.A., Hannover  
Dipl.-Soz. Olga Hirning, Marburg  
Dipl.-Soz. Johanna Hoerning, Frankfurt a.M.  
Anja Kauppert, M.A., Jena  
Prof. Dr. Uta Klein, Kiel  
Dipl.-Soz. Carolyn Koch, Chemnitz  
Dr. Anna Körs, Hamburg  
Jun.-Prof. Dr. Kira Kosnick, Frankfurt a. M.  
Prof. Dr. Florian Kreutzer, Mannheim

Dipl.-Soz. Daniel Kumitz, Berlin  
PD Dr. Andreas Langendohl, Konstanz  
Dipl.-Päd. Annika Leichner, Dortmund  
René Lenz, M.A., Erfurt  
Prof. Dr. Gesa Lindemann, Oldenburg  
Dr. Hanna Meißner, Berlin  
Dr. Rafael Mrowczynski, Moskau  
Dr. Anne-Janine Müller, Darmstadt  
Prof. Dr. Annika Oettler, Marburg  
Dipl.-Soz.-Wiss. Sophie Olbrich, Berlin  
Max Orlich, M.A., Freiburg  
Maria Pinwinkler, M.A., Salzburg  
Jun.-Prof. Dr. Angelika Pofertl, München  
Ralph Richter, M.A., Leipzig  
Dr. Jana Rückert-John, Stuttgart  
Alexander Ruser, M.A., Heidelberg  
Dipl.-Ök. Nadine Sander, Lüneburg  
Dr. Katrin Schneiders, Bochum  
Dipl.-Soz. Carla Schraml, Marburg  
Dr. Jan-Felix Schrape, Stuttgart  
Stephanie Schulz, M.A., Stuttgart  
Dipl.-Soz. Janina Söhn, Berlin  
Dr. Martina Sproll, Marburg  
Dr. Jochen Steinbicker, Berlin  
Prof. Dr. Wolfram Stender, Hannover  
Dr. Frank Thieme, Bochum  
Dr. Susanne Völker, Köln  
Dr. Victoria von Groddeck, München  
Stefan Vorderstraße, M.A., Duisburg  
Dr. Claudia Vorheyer, Zürich  
Karen Wagels, M.A., Bielefeld  
Oliver Watteler, M.A., Köln  
PD Dr. Peter Wehling, Augsburg  
Dr. Jens Wissel, Frankfurt a. M.  
Dr. Nicole Witte, Göttingen  
Prof. Dr. Gökce Yurdakul, Berlin

## Neue studentische Mitglieder

Janine Katharina Birkel, Kassel  
Lea Su-Cien Bunjamin, Berlin  
Markus Ciesielski, Dresden  
Mario Daum, Mannheim  
Linda Gorges, Dresden  
Matthias Hahn, Wuppertal  
Marlon Lieber, Frankfurt a.M.  
Gerlinde Luka, Hamburg  
Alexander Naß, Leipzig  
Markus Oswald, Pfarrkirchen  
Stefan Pitzer, München  
Ilarion Stupos, Berlin  
Tom Töpfer, Hamburg  
Vanessa Weber, Hamburg  
Gabriele Ziese, Leipzig

## Austritte

Diana Adler, Dresden  
Dr. Lutz Bornmann, Kilchberg (CH)  
PD Dr. Edgar Frackmann, Berlin  
Prof. Dr. em. Heinz Hartmann, Münster  
Prof. Dr. em. Sigrid Meuschel, Leipzig  
Prof. Dr. Carlo Mongardini, Grottaferrata (I)  
Dr. Eberhard Mühlich, Darmstadt  
Karsten Schultz, Bremen  
Katrín Vahlenkamp, Oldenburg

## Verstorben

Prof. Dr. Lars Clausen, Hamburg  
Prof. Dr. Dr. h.c. Ludwig von Friedeburg, Frankfurt